

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

126 (11.5.1920) Erstes und Zweites Blatt

Koalitionspolitik zu treiben, sei kein Vergnügen. Das mag man dem Reichkanzler, der Parteigenosse geliebt ist, nachfühlen. Aber sie zu treiben, solange ihm nach Artikel 52 der Reichsverfassung das Amt durch den Reichspräsidenten verliehen wird, das ist Pflicht! Mit der Nichtschicklichkeit, mit der die Sozialdemokraten in den Wahlkampf gehen, sagt Herr Müller ja auch: „Koalitionspolitik ist keine Wahlparole!“ So darf aber doch nicht das Wahlprogramm eines Reichskanzlers lauten, der eine Koalition, mehr noch, ein Volk zu vertreten hat. Das Bemühen der politischen Stellungnahme des Kanzlers wird nicht dadurch abgeschwächt, daß er versichert, die Sozialdemokratie wolle den Wahlkampf nicht nur nach links, sondern auch gegen die Koalitionsparteien anständig führen; denn man sei ja ein Stück heimgen Weges zusammen gewandert. Die bürgerlichen Koalitionsparteien erwarten sicherlich keine Kantarbeit und Sentimentalität. Sie verlangen nur, daß der Reichskanzler während der Wahlen Koalitionsmittler bleibt und nicht als sozialistischer Genosse auftritt, zumal Herr Müller durchaus nicht ganz so von der kommenden sozialistischen Regierungsmehrheit überzeugt zu sein scheint, erklärt er doch selbst: „Bringen uns die Wahlen keine Mehrheit, so werden wir wieder Koalitionspolitik treiben.“ Also ganz einfach: Man regiert ein 60 Millionen-Volk in schwerster Zeit als Koalitionsmittler, schlägt sich im Wahlkampf für die sozialistische Mehrheitsregierung gegen den Koalitionsgedanken und lehrt, wenn man als Parteigenosse nicht gesteht hat, als neutraler Minister auf den künftigen Sessel zurück. Das entpricht doch nie und nimmer der Würde des obersten Regierungschefs, auch nicht dem Sinn der Reichsverfassung.

Noch ein anderer logischer Widerspruch ist nicht aufzulösen: Der Reichkanzler erzählte den 250 sozialdemokratischen Delegierten der Reichskonferenz, er habe den Vorschlag gemacht, die Unabhängigen in die Regierung aufzunehmen, weil das im Ausland einen ausgezeichneten Eindruck gemacht hätte, und auf das Ausland seien wir nun einmal angewiesen. Wenige Atemzüge später meinte Herr Müller, die kapitalistischen Regierungen des neutralen und des bisher feindlichen Auslandes hätten zu einer sozialistischen Regierung nicht das Vertrauen, das sie Regierungen mit bürgerlich-kapitalistischem Einschlag entgegenbringen. Was ist nun richtig, und welche Kabinetsgruppierung erscheint dem Reichkanzler mit Rücksicht auf das Ausland die beste? Im Wahlkampf soll ruhig jeder seine Weltanschauung durch den Stimmzettel zur Geltung bringen. Aber der Kanzler des durch tausend Räte taumelnden deutschen Reiches sollte auch während der Wahlen nicht seine Parteigeheißigkeit, sondern das Wohl des ganzen Volkes bedenken.

Auswärtige Staaten.

Der polnische Generalstreik.

(Eigener Drahtbericht.)

Warschau (Drahtl.). 10. Mai. (Wolff.) Ueber den heute einsetzenden polnischen Generalstreik erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß im ober-schlesischen Zentralkohlenlager die Zahl der ausfallenden Arbeiter 50 bis 60 Proz., im Niederschlesischen Lager 60 bis 70 Proz. beträgt. Die deutschen und die deutschgekauften Arbeiter erscheinen vollständig zur Arbeit.

Irland.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 10. Mai. Einer Neuermüdung aus London zufolge haben etwa 100 bewaffnete Sinnfeinde die Polizeistation in Clonmeone überfallen und das Gebäude in die Luft gesprengt. Drei andere Häuser gingen in Flammen auf.

London, 10. Mai. (Neuer.) Heute ist in einer belebten Hauptstraße Dublins ein Polizeisergeant von zwei Männern angegriffen und schwer verwundet worden. Die Täter sind entkommen.

Dichter-Gedächtnisfeiern.

Im gleichen Jahre, in dem Johann Peter Hebel geboren, ist Josef Scheffel geboren worden. Hebel, der „Sohn einer Magd“, Scheffel der einer hochkultivierten Beamtenfamilie. Jener wurzelte im Oberland, dieser im Unterland, der Prälat war protestantisch, der Jurist katholisch. Hebel lebte zur Zeit, als Deutschland ein Spott und Baden ein kleiner Spielball war, Scheffel erlebte den Aufstieg seines engeren und weiteren Vaterlandes — alle Verhältnisse ihres äußeren Daseins sind gleichgültig, denn gleich ist die Bewusstheit des allgemeinen Geistes und noch weiter, aus dieser Landschaftsbeziehung heraus, die Einheit, die über allem Zufälligen Menschlichen steht, das wahre und echte Dichtertum. Beide Landsteute indes keine Titanen und keine Weltgötter, aber immer liebe Poeten heimatlischen Gutes, Blüten unseres süddeutschen Geistes, beste Verkörperer unserer Lebenshaltung. Beiden gemeinsam — nicht zufällig, denn das ist der Kern alemannischer Charaktere — die Ueberwindung der Lebensnichtigkeit durch die Sonntaglichkeit des Daseins, durch die stille Ueberlegenheit des Sichbewusstseins, des sich Ueberwindens, durch die anpruchsvolle Größe eines gesteigerten und unberechenbaren Innenlebens, das mit lächelnder Gelassenheit dem tolen Lauf dieser trübseligen Welt zuseht. Weil diese badischen Vollmenschen aber das Maß des Alltags hoch überragen, wurde ihre humorvoll erhabene Lebensbetrachtung fruchtbar in Dichtungen, die unser vornehmtes Bestreben, unseren bodentreuen, unsern blutwarmen Stammesinn kristallisieren und uns für alle Zeiten ein heiliges und reiches Vermächtnis hinterlassen. Darin ist die allem leeren und prunkenden Schein abstoßend, tief und rein menschliche Art beschaffen und bei aller Allgemeingültigkeit die stolze Sonderart, die Heimatüberbundenheit, die einmalige Nüchternheit betont.

Kein Wunder, daß Hebel und Scheffel die Liebhaber unseres Vaterlandes sind, und das Ende unseres heidnischen Heimatdaseins dämmerte heran, vergaßen wir sie je. Doppelt

Der Landarbeiterfreier in Italien.

(Eigener Drahtbericht.)

Mailand, 10. Mai. Der „Secolo“ meldet aus Verona, daß es im Landarbeiterfreier zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist. Es wurden verschiedene Personen getötet und zahlreiche schwer verwundet.

Die Revolution in Mexiko.

(Eigener Drahtbericht.)

El Paso, 10. Mai. (Wolff.) Der Kommandant der mexikanischen Bundesstruppen, General Carranza, meldet, daß vor seinem Wegzug von Mexiko die in Militärgefängnissen von St. Jago untergebrachten politischen Gefangenen massenweise niedergemetzelt wurden. Unter den Getöteten sollen sich 15 Generale befinden.

Amsterdam, 10. Mai. (Eig. Drahtber.) Wie aus Washington gemeldet wird, erhielten 1200 Seesoldaten den Befehl, von Philadelphia nach Keywest abzugehen, um sich dort zu dem Dienste in Mexiko bereitzuhalten. Der Marine-Sekretär Daniels erklärte, daß es sich um eine Vorsichtsmaßregel handle. Die Soldaten würden nur nach Mexiko geschickt werden, wenn dies zum Schutze der dortigen Amerikaner nötig sein werde.

Die deutsche Republik.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Der Zeitpunkt für die Wahl des Reichspräsidenten wird vom neugewählten Reichstage bestimmt und dieser Zeitpunkt ist praktisch abhängig von dem Ausgange der Wahlen. Würden die Wahlen ein Ergebnis zeitigen, durch das eine völlig neue Mehrheitskoalition unter Beteiligung der Stellung der bisher stärksten Partei entstände, so müßte die Wahl des Reichspräsidenten mit größter Beschleunigung durchgeführt werden, da in der so entstandenen Neuorientierung der bisherigen Reichspräsident kaum Neigung haben wird, noch länger an der Spitze zu verbleiben. Wie es indes bei der bisherigen Mehrheit, so ist es wahrscheinlich, daß diese Parteien auch eine feste Vereinbarung über die Wahl des künftigen Reichspräsidenten treffen würden und dadurch wäre die Stellung des Reichspräsidenten weniger schwierig. In diesem Falle ist anzunehmen, daß der Reichstag den Wahltermin zu einem etwas späteren Zeitpunkt ansetzen wird, um seine Konstituierung und erste Einberufung durchzuführen. Die Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl sind einfach und erfordern, da die Wählerlisten bereits aufgestellt sind, keine umfangreichen Vorarbeiten.

Die Entschädigung für die beschlagnahmenden Wertpapiere.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 10. Mai. (Wolff.) Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, sind dem Reichsrat die Richtlinien, nach denen die Entschädigungen für die demnach zu beschlagnahmenden Wertpapiere bemessen werden, zugegangen. Danach soll für Wertpapiere, die nach § 10 der Anlage zu Artikel 298 und nach Artikel 146 des Friedensvertrages enteignet werden, eine Entschädigung in Höhe des Liquidationswertes bezahlt werden. Die Entschädigung für die Schantungbahn soll nach dem Wert erfolgen, den das gesamte Eigentum der Schantungbahn am 25. Juli 1914 in mexikanischen Dollars, umgerechnet in Reichsmark, zum Tagesrate, gehabt hat.

Die Ludwigshafener Oberbürgermeisterwahl.

Wie gemeldet, hatten sich die drei vürgerlichen Parteien der Stadt Ludwigshafen: Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei und Zentrum für die Kandidaturfrage für den Oberbürgermeisterposten auf den berufsmäßigen Stadtrat von Nürnberg, Dr. jur. et phil. Christian Weis, geeinigt, während die Sozialdemokratische Partei den früheren hiesigen Ministerpräsidenten Hoffmann in Vorschlag gebracht hatte. Bei der Wahl am Sonntag erhielt Dr. Weis über 16 000 Stimmen, Hoffmann dagegen

13 000. Demnach ist Dr. Weis gewählt, dem als Sachmann hervorragende Qualitäten nachgerühmt werden. Sein Staatsrämen schloß er 1907 mit einem Bruderkrieg und seine volkswirtschaftlichen Studien mit einem vielbeachteten zweibändigen Werk über „die Stadt Nürnberg und ihre Arbeiter ab. 1908 wurde er in Nürnberg einstimmig zum Ratsherrn und 3 Jahre später zum Rechtsrat gewählt; bis zum Jahre 1919 lag das Referat über die städtischen Arbeiterfragen in seinen Händen, dann wurde ihm die gesamte Lebensmittelversorgung übertragen. Auch in der Wohnungsfürsorge wirkte er leistungsvoll. Sein kommunalpolitisches Programm, das er in der vorigen Woche in einer öffentlichen Versammlung entwickelte, fand allgemeine Zustimmung, so daß die Vertreter der drei obigen Parteien seine Wahl bestens empfehlen konnten.

Verzung.

Der pfälzliche Weinkontrollleur Rat Weiser wurde zum Weintrat für Weinbau und Weinhandel beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Berlin ernannt.

Der sächsische Staatsvoranschlag.

Das sächsische Gesamtministerium stimmt dem Staatsvoranschlag für 1920/21 zu, der zum erstenmal für die Periode bis März läuft. Der Voranschlag schlägt in Einnahmen und Ausgaben mit 1 003 350 000 M. ab. Außerdem sind in dem außerordentlichen Etat noch 88 638 000 M. eingestellt worden. In materieller Beziehung unterscheidet sich der neue Staatsvoranschlag wesentlich von den früheren Haushaltsplänen, namentlich infolge der Ueberleitung der Staatsbahnen sowie der Veranlagung der direkten Steuern auf das Reich. Nach dem Stande vom 31. März 1920 beliefen sich die sächsischen Staatsschulden auf 69 355 000 M. fundierte Schulden und 7 127 000 000 M. schwebende Schulden. Der Haushalt schlägt mit einem Schuldbetrag von 126 Millionen Mark ab.

Aus den Parteien.

Kandidatenauffstellung der Deutschen (lib.) Volkspartei in Baden-Baden.

Am Sonntag fand in Baden-Baden der erste Landesparteitag der Deutschen (liberalen) Volkspartei statt, der von gegen 200 Vertretern aus allen Landesstellen besucht war. Im Mittelpunkt der Tagung standen zwei programmatische Reden der Abg. Graf Dohna und Frau Mendel. In der öffentlichen Versammlung am Sonntag legte der erste Landesvorsitzende Dr. Curtius-Heidelberg die Ziele der Partei dar. Abschließend daran fand die Beschlußfassung über die Kandidatenliste der Partei für die Reichstagswahlen statt, die in den nächsten Tagen veröffentlicht wird. Die Liste beginnt mit den Namen: Dr. Julius Curtius-Heidelberg, Landwirt Sütterlin-Heidelberg b. Mühlheim und Oberamtsrichter Gardt-Mannheim.

Demokratischer Verein Eppingen.

(Eigener Bericht.)

Den besten Anstoß zur Wahlbewegung gab in Eppingen Minister Dietrich in seiner Rede im Demokratischen Verein. Im sympathischen Beise legte der Redner die gegenwärtige politische Lage dar, beleuchtete die Schwierigkeiten der Steuer- und Wirtschaftspolitik, aus denen nur rasche Eröffnung aller wirklichen Steuererwerbe und Abbau der Monopolwirtschaft, die die Volkswirtschaft und die Arbeiter und Bürgertum geknechtet hat, herausreifen können. Gestunde Preispolitik und freier Markt müssen die Preise regeln. Eröffnung des Arbeitsmarktes, Wiedererrichtung der Arbeitslosen, vernünftiger Ausbau der Erwerbslosenfürsorge müssen erste Faktoren zum Aufbau sein. Dazu sollte sich das freischaffende deutsche Bürgerium geschlossen einigen, müßten, wieder Ruhe und Ordnung herzustellen und über den Vorwurf der Niedrigkeit, zu wenig Nationalgefühl zu besitzen, zur Tagesordnung übergehen. National sei nicht der, der schimpft, sondern der unter Verzicht auf vergangene Klagen, mitarbeitet auf der vernünftigen Grundlage der Republik. Auf dem Weg zu dieser Mitarbeit, zum Ziel der Wiedererrichtung, Ruhe und Ordnung gibt es kein Aufkommen nach links oder rechts, sondern nur ein abdes Vorwärtigen auf dem goldenen Mittelweg, den die Deutsche Demokratische Partei gewählt hat, zum

Besten von Volk, Land und Reich. Reichlicher Menschensperger, der Vorsitzende des Demokratischen Vereins, dankte dem Redner.

Kommunistische Treiberlein.

In einer gut besuchten Volksversammlung in Waldshut, zu der die mehrheitlich sozialdemokratische Partei eingeladen hatte, sprach am Samstag abend Minister Klemme über die politische Lage. Mehrere Kommunisten forderten die Versammlung durch andere Zwischensprüche. Zum Schluss produzierten sich einige von ihnen, darunter auch einer, der eben erst die Kinderkutsche ausgetreten hatte, als Diskussionsredner.

Badische Politik.

Der Jubel zum Lehrerinnenberuf.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat folgenden Erlaß ergehen lassen:

Infolge des starken Bedarfs an Lehrern im Volksschuldienst während des Krieges mußten als Ersatz für die fehlenden männlichen Lehrkräfte in so erheblichem Umfang Lehrerinnen verwendet werden, daß ihre Zahl — namentlich an größeren Schulen — weit über das unterrichtliche Bedürfnis hinaus angewachsen ist. Bei diesen günstigen Anstellungsverhältnissen der Lehrerinnen hat auch der Zugang zu den Ausbildungsanstalten für Lehrerinnen während des Krieges erheblich zugenommen. Nachdem nun wieder normale Verhältnisse im Schuldienst eingetreten sind, ist es Aufgabe der Schulpflichtigen, die Zahl der weiblichen Lehrkräfte allmählich wieder in das richtige Verhältnis zu den männlichen Lehrkräften zu bringen und sie auf das den Bedürfnissen des Unterrichts entsprechende Maß zurückzuführen.

Dabei wird darauf geachtet werden, daß die z. B. im Dienst befindlichen Lehrerinnen soweit als möglich in ihren Stellungen erhalten werden. Andererseits werden neu zugehende Lehrerinnen vorerst keine Verwendung im öffentlichen Schuldienst finden können, zumal noch eine größere Zahl von Kriegsteilnehmern, die älteren Jahrgängen angehören, der Verwendung harret. Auch für die nächsten Jahre wird die Verwendungsmöglichkeit von Lehrerinnen an Volksschulen nur eine beschränkte sein. Dazu kommt, daß an den höheren Mädchenschulen Neuanstellungen von Lehrerinnen im wesentlichen künftig nur noch zur Erweiterung von Unterricht in den Elementarstufen stattfinden werden.

Wohl wird mit der Einführung des Fortbildungsgesetzes auf dem 1. März 1922 für die Lehrerinnen ein neues, verhältnismäßig weites Feld der Betätigung eröffnet, aber der hieraus ergebende Bedarf wird durch die bis dahin vorhandenen Lehrerinnen mehr als ausreißend gedeckt werden können.

Der Lehrerinnenberuf wird daher für die nächsten Jahre nur wenig Aussicht auf eine den für die Ausbildung aufgewendeten Mitteln entsprechende Stellung im öffentlichen Dienst bieten und es muß deshalb vor dem Zugang zu diesem Beruf dermalen ernstlich gewarnt werden.

Wir erluchen die Direktoren der von Mädchen besuchten höheren Lehranstalten, ihre Schülerinnen, sowie gelegentlich auch deren Eltern, über diese Verhältnisse entsprechend zu belehren. **Gründung einer Fachgewerkschaft der badischen Lehrer.**

Nachdem in der Besoldungsfrage Einigungs-verhandlungen zwischen dem Beamtenbund und der Fachabteilung „Lehrer“ des Badischen Beamtenbundes ergebnislos verlaufen sind, haben sich die badischen Lehrervereine veranlaßt, aus dem Badischen Beamtenbund auszutreten. Sie haben nun unter dem Namen „Badischer Lehrerbund“ eine eigene Fachgewerkschaft gegründet. Dem „Bad. Lehrerbund“ haben sich bis jetzt die Vereine der badischen Gewerbe-, Handels-, Real-, Kunst-, Zeichen- und Taubstummenlehrer, der Badische Lehrerverein, der Badische Lehrerbund, der Katholische Lehrerverein und der Verein badischer Lehrer an gewerblichen Schulen mit insgesamt etwa 12 000 Mitgliedern angeschlossen. Am Mittwoch findet eine große Lehrerversammlung im Konzerthaus in Karlsruhe statt. Für den gleichen Tag sind Parallelsammlungen in Lauda, Freiburg, Schopfheim, Donaueschingen und Radolfzell geplant.

und eindringlichst müssen wir unseren Dichtern, diesen alleinigen Polen in dieser zerschmetterten Erscheinungen, flucht, Heim im Herzen geben. Hören wir in diesen farten Zeiten auf unsere Dichter nicht mehr, so verfallen wir im Sumpf der materiellen und politischen Armut. Nehmen sie dahin, Gut und Ehr, das Reich des Geistes muß uns bleiben.

Nachdem der Krieg die Scheffelfeier, die der Karlsruher Männergesangsverein „Concordia“ im Mai 1914 in Anlehnung an den alten Hebelgeburtstag einführte, verschlungen hatte, kam der Wiedererinnung dieses Gedankes am letzten Sonntag eine erhöhte Bedeutung zu. Der Männerchor sprach und warf Blick auf das Dichterdemal, als der Männerchor seine schönen Besingen nach Scheffels Dichtungen darüber schallten ließ. Albert Herzog hielt eine gegenwärtig und ermahnende, aber in Herabsetzung der zuverlässlichen und herbeutlichen Art des Dichters Josef Victor von Scheffel anstehende und vertrauensvolle Gedächtnisrede. Vom Frühling, dem Ders der Wonne, von der Schwarmkraft der Jugend, der aus den heutigen Stürmen Segen erwachen möge, von dem himmlischen Wunsch des „Gott wolle“ sprach der Redner und fand besetzte frohe und harte Worte, die er durch Lanza Scheffelfeier in lebendige Beziehung zur Stunde setzte. Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ansprache, bei der der bronzene Scheffelfopf nur einmal mit dem Auge zuckte, als Albert Herzog von „Lieben Jungens“ sprach, dem die Scheffel heßen die Kinder, trug die ehrwürdige Sackelkammerfrau Alberta von Herdorf ein ihr im Jahr 1869 vom Dichter gewidmetes Gedicht „Maimorgen“ vor. Auch ihr ward reicher Beifall zuteil, wie selbstverständlich dem Chorverein, der unter Oberlehrer Lechner Leitung die schlichte, aber herrliche Feier schloß. Der Vorstand der „Concordia“, Herr Konrad Schwarz, legte einen Kranz am Denkmal nieder. Die Stadt war durch den Oberbürgermeister Winter mit Begeleitern vertreten.

Am Montag, als dem Geburtstag Johann Peter Hebels, ging's zum trauten, durchgou-

ierten Schloßgarten, wo die Sprüche auf dem eiserne Denkmal zur Einfuhr mahnen und den richtigen Weg aus der Felsen Wirtis den weisen, der lesen will. Der „Niedertranz“ sang und Farrer Hindenlang sprach, wie seit Jahren, aber immer wieder ist's eine neubelebende und frohegerunte Stunde. Die mal sprach der Ober-pfarrer besonders allseitig und vollständig launig. Unsere heutigen Zeitalter bringen Erinnerungen an jene zu Hebels Tagen zurück; auch politisch, denn abermals stehen am jenseitigen Rheinstufer die Franzosen. Aber noch schmerzere Heide gehen im Lande selber am Mark des Volkes. Das Hebelische Vödeln mag einem dabei vergehen. Darum ist Hebel als Erzieher bitter notwendig. Eine Beschäftigung mit ihm an festlichem Tag wäre allen heralich zu wünschen. Jener, wo alles „verreicht“ wird, soll wenigstens die alemannische Stammesart unter höchstes Eigen bleiben. Zurück zu Hebel bedeutet wahren Fortschritt. — Unter Chorleiter Raffinits Leitung sang vor und nach der prächtigen Rede der „Niedertranz“ je zwei Lieder von Spohn, Zureich und andern.

Nun steht das Scheffeldenkmal und das Hebelbild wieder allein, aber Wind und Duft und Vogelstern umschwingt sie und aus den Krähstirngsfeiern unter der Geiß der Dichter in wohnigen Reichtum durch unser Leben. Trost alledem.

Blide durchs Fenster.

Von Elisabeth Priatz (Karlsruhe).

Regen... Regen... Regen... Von meinem Arbeitsplatz aus kann ich das winzige Höfchen übersehen. Die linke Ecke ist von einem hübschen Gelände unbedeutender Farbe abgegrünt und führt die stolze Bezeichnung „Garten“. Ein altes, mit wüstem Gestrümpf angefülltes Gartenhaus steht windig am Eingang und der kümmerliche Giebel an seiner Seite verliert umsonst dem trüblichen Meer eine freundlichere Note zu geben. Ein kaltes Bäumchen, einige abgedulte Sträucher, ein Haufen un-

sauberes Stroh, auf dem Gustels Schaulopferd verlassen in der Nähe steht... das sind die trübseligen Requisiten dieses Großstadtgartens.

Hinter der niedrigen Hofmauer erheben sich terrassenförmig die geschwärtzten Hinterhausdächer, darunter ragt hier und da das kahle Geäst winterlicher Baumkrone.

Die Beistühle hinten im Hof ist geschlossen. Der Dampf hat die Fenster beklagend, so daß die ab und zu gehenden Gestalten nur schattenhaft zu erblicken sind... Von kräftiger Hand gehoben steigt plöcklich die Türe auf. Mit mürrischem Gesicht schleift die rundliche Hausfrau mit Hilfe des halbblauen Tüchtereins einen mächtigen Kübel nasser Wäsche durch den Hof, um sie hoch über unsern Hausdach aufzuhängen. Zwei fluchende die beiden Paare Holzspantoffel über die nassen Steine. Schril lingelt irgendwo ein Telephon. Dann wieder tiefe Stille. Und plöcklich ist es ein: „Pinf... pinf... pinf...“ Radbar Schüters Frühkuckuckus ist beendet. Der immer fleißige Mann hat seinen dreibeinigen Stuhl aufs neue eingenommen und hämmert in dem Eckerle drauf los: „Pinf... pinf... pinf...“ Ein tiefer Seufzer — da rausert sich der Gele... Schnell beugt sich der Kopf aufs Hauptbuch, die Hand greift nach der Feder... Und eintündig, in ermüdendem Gleichmaß fällt der Regen vom grauen Spätherbsthimmel... Rahtlos, flüchtig läuft die Feder...

Was ist das? Haben wir alle so lange geschlafen? Waren Herbst und Winter nur graue Träume? — Sonne, Sonne, strahlende Frühlingssonne fällt in breiten Strahlen über Haus und Hof. Blau glänzt der Baum des Gärtchens im neuen schmaden Anstrich. Das kleine Fliederbüschchen da in der Ecke hat sein erstes grünes Blüthen übergeworfen. Die Zweige gleichen flechten Fingerringen, die das Nadelkissen spreizen, wenn das ganze Bäumchen sich nach dem Takte, den der frische Frühlingwind bläselnd anhaucht, sich neigt und wiegt...

Wie früh der Frühling ist! Jedes Blatt so glänzend grün, als hätte es sich in der weitestoffenen Waldkante abgedet. Auf dem Beetchen in der

Der Bau von Klein- und Mittelwohnungen durch die Stadt.

Von Bürgermeister Hermann Schneider.

III.

Der Bau der Wohnungen erfolgt, wie erwähnt, zweckmäßig durch die Genossenschaften, doch unter einheitlicher Leitung und Führung der Stadt. Dringend nötig zur erfolgreichen sicheren Durchführung der Aufgabe ist dabei die einheitliche Zusammenfassung des gesamten Bauhandwerks. Der erschreckende Mangel an den notwendigen Materialien hat mich mit sich gebracht, daß die sogenannten Tagespreise vielfach Festsetzungen ganz einseitiger Art durch den Produzenten oder Händler geworden sind; der Konsument kommt dabei überhaupt nicht zu Worte, er hat auch mangels der notwendigen Sachkenntnis gar keine Möglichkeit sich gegen Ueberschreibungen zu wehren, und die Ware notwendig braucht und viel zu teuer überbezahlt werden kann. Es ergibt sich unter diesen Umständen die Frage, wie schon einseitige Festsetzungen der Preise vermieden werden können, ob es dann nicht richtiger wäre, diese Festsetzungen auch einmal durch den Konsumenten vornehmen zu lassen, und man erkennt ohne weiteres, daß man damit viel eher zu einer richtigen und angemessenen Höhe der Preise kommen könnte als im umgekehrten Falle. Der Produzent weiß sich in Falle zu niedriger Preise sehr wohl mit allen möglichen Gründen zu wehren, er hat schimmlichen Fällen die Möglichkeit, auf Verzögerung zu bestehen. Nimmt man nun gar an, daß diese Preisfestsetzung durch eine Stelle vorgenommen würde, deren Sachkenntnis und Unparteilichkeit über jeden Zweifel erhaben wäre und deren Urteile, ihr öffentlich übertragene Aufsicht darin bestünde, die angemessenen Preise festzustellen und damit der geleisteten Arbeit den verdienten Lohn zu sichern; nimmt man weiter an, daß die Preisfestsetzungen dieser Stelle nicht nur von den Konsumenten, sondern auch von den Produzenten anerkannt würden, so ist denkbar, daß damit eine neue und gesunde Grundlage für den Aufbau unserer jetzt so verzerrten Wirtschaft gefunden wäre.

Diese Gedanken sind nicht neu in Karlsruhe, und hier wird mehr als einem Jahr lang nach dieser Richtung hin gearbeitet, und es ist zu erwarten, daß im Laufe der Jahre aber würden sich die Übung so feste Zahlen und Grunddaten herausbilden und Gemeingut aller Beteiligten werden, daß Meinungsverschiedenheiten über die Richtigkeit der getroffenen Entscheidungen überhaupt nicht mehr aufkommen können. Sicher ist, daß eine zu Anfang noch so ergebnislose Kommission immer noch ein besseres Ergebnis hinsichtlich der gerechten Entlohnung der geleisteten Arbeit erzielen würde, als dies bei dem derzeit herrschenden Zustand möglich ist.

Das Submissionswesen, das vor dem Kriege der Ausgangspunkt für die Arbeits- und Lieferungsverträge mit staatlichen und städtischen Verwaltungen gewesen ist, hat schon in jener Zeit des schrankenlosen Wettbewerbes große Schwächen aufzuweisen gehabt und kaum jemals jemand voll zu befriedigen vermocht. In vielen Fällen kam das Ganze auf ein Lotteriespiel hinaus und zum Zweck, eine angemessene Entlohnung zu verbürgen, hat es nie erfüllt. Heute ist dieses System der Arbeitsvergebung infolge der Unsicherheit und Unsicherheit aller Preise zur völligen Unmöglichkeit geworden, und was davon übrig geblieben ist, ist allenfalls noch die äußere Form: Wettbewerb und Risiko durch die Triebfedern der übermenschlichen Anspannung aller Kräfte, durch die unsere Wirtschaft in der Zeit vor dem Kriege ihre, rein materialistisch geprägten, unerhörten Erfolge erlangen konnte. Heute sind heute kaum mehr in Wirkung. Der Wettbewerb ist ausgeschaltet durch den Zusammenschluß aller Berufsgruppen zu großen Verbänden. In vielen Fällen gibt der Verband der Mitglieder die Angebote ab und verteilt die Aufträge unter seine Mitglieder. Die Uebernahme des Risikos gar kann häufig mit Rücksicht auf die Unsicherheit und Veränderlichkeit aller Preise und sonstigen Arbeitsbedingungen überhaupt nicht mehr oder doch nur in ganz bescheidenem Umfang verlangt werden. Praktisch kommt der derzeitige Zustand auf nichts anderes hinaus, als auf den Auftrag zur Ausführung einer Arbeit und auf die bedingungslose Uebernahme aller Kosten durch den Auftraggeber nach Ablieferung der Arbeit. Dieser Zustand hat aber eine ganz verzeihliche Ähnlichkeit mit reiner Regearbeit, und es ist klar, daß eine längere Dauer desselben der Handwerker keine Bedeutung für die Wirtschaft verlieren dürfte, daß schließlich sogar der Bestand des Handwerks selbst in Frage gestellt wäre.

Die oben vorgeschlagene neue Form des Auftrags bringt sowohl Wettbewerb als auch Risiko wieder in Wirkung, allerdings nicht

im früheren schrankenlosen Sinne, wohl aber in gemäßigter und veredelter Form, und zwar zunächst und in erster Linie hinsichtlich der Qualität der zu leistenden Arbeit: Von zwei Handwerkern, die zu denselben Preisen und zu denselben Bedingungen die gleiche Arbeit übernommen und ausgeführt haben, hat der eine ausgezeichnete, der andere schlechte Arbeit geleistet. In der Folge wird der erstere leichter wieder Arbeit zugewiesen erhalten als der letztere. Weiter: Ein tüchtiger und fleißiger Handwerker führt dieselbe Arbeit mit geringem Selbstkostenaufwand durch, d. h. er erzielt mehr Gewinn, als sein Konkurrent, der infolge geringen Fleißes, weniger Sorgfalt und Geschicklichkeit zu wenig oder nichts verdient. Auch in diesem Falle wird die Kommission in der Zukunft den tüchtigen und fleißigen Meister vorziehen, schon deshalb, weil die Berücksichtigung der geringen Leistung des anderen zu unrichtigen (zu hohen) Preisen führen müßte. In beiden Fällen schließlich wird jener, der schlechte Arbeit geleistet oder keinen Gewinn erzielt hat, einen starken Anreiz erhalten, es in der Zukunft seinem Konkurrenten gleich zu tun, oder aber, wenn er sich dazu nicht anfangen vermag, keine weitere Arbeit zugewiesen erhalten. So wird der Wettbewerb wieder auf ein gesundes, den Einzelnen wie die ganze Wirtschaft förderliches Maß zurückgeführt; zugleich ist das Risiko insoweit wenigstens in Wirkung, als bei Unfähigkeit oder Unachtsamkeit Verluste anstatt des Gewinns eintreten können, während für den Tüchtigen an Stelle des Risikos die Gewinnchance tritt.

Der neue Werkvertrag gewährleistet die einheitliche Zusammenfassung und Ausnutzung aller im Bauhandwerk ruhenden Kräfte für den Wohnungsbau, das Bauhandwerk selbst führt durch ihn wieder zu seiner ursprünglichen Handwerksaufgabe zurück und hat nicht mehr nötig, zur Spekulation zu greifen, um Arbeit zu erhalten. Ausschlaggebend für den wirtschaftlichen Aufstieg des Einzelnen werden wieder Qualität und Leistung.

IV.

Unbefriedigter Erfolg wird dem neuen Werkvertrag allerdings nur dann gesichert sein, wenn es gelingt, auch die zurzeit besonders schwierige Frage der Materialbeschaffung einheitlich zu regeln. Auch hier muß die Stadt, wenigstens für die erste Zeit, die Führung übernehmen. Sie wird sich zunächst eine größere Menge wenigstens der wichtigsten Baumaterialien, wenn nötig und möglich auch durch Teilnahme an der Produktion, zur Verfügung halten. Sie ist jedoch in der Lage, dem ausführenden Handwerker für die ihm übertragenen Arbeiten die notwendigen Baustoffe zu ganz bestimmten, etwa monatlich bekannt zu gebenden Preisen auf Wunsch zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wird sie es ihm aber freistellen, die Materialien selbst zu beschaffen und sie ihr zu den gleichen (aber nicht höheren) Preisen zu verrechnen. Der Handwerker hat damit ohne jedes Risiko die Möglichkeit, bei günstiger Beschaffung einen Gewinn in Höhe des Preisunterschiedes zu machen, nicht aber kann er die Ware zu einem beliebigen hohen Preise einkaufen und dann die Uebernahme dieser Preise von der Stadt erwarten. Es wird dadurch erreicht, daß das ganze Bauhandwerk der Stadt mit all seinen Fähigkeiten, Erfahrungen und Verbindungen die Beschaffung der Materialien wieder mit Interesse betreibt. Eine Senkung und Festigung der Preise wird die natürliche und ungewundene Folge sein, und bald wird die Stadt selbst es gar nicht mehr nötig haben, ihrerseits Materialien in größerem Umfang einzukaufen.

Die Gemeinnützigkeit der vorliegenden Aufgabe des Wohnungsbaues läßt schließlich noch daran denken, die ausführenden Handwerker auch an der Ausführung der für den Bau notwendigen Geldmittel zu beteiligen. Dies könnte in der Weise geschehen, daß sie bei Uebernahme der Arbeiten die Verpflichtung eingehen, einen kleinen Teil der Vertragssumme nach Ausführung der Arbeit gegen mäßige Verzinsung der Genossenschaft zur Verfügung zu halten. Dadurch würde dieser die Ausbringung der sogenannten Restgelder außerordentlich erleichtert, der Gedanke der Gemeinnützigkeit und der Gesamtheit der Aufgabe aber zum Vorteil des Ganzen eine weitere Förderung erfahren.

Vom Badischen Bauernverband.

(Eigener Bericht.)

Über 1000 badische Landwirte vereinigten sich Montag mittag im großen Festsaal in Karlsruhe zur ersten Landesversammlung des Badischen Bauernverbandes. Nach einleitenden Worten des stellvertretenden Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. v. Heuveler, begrüßte Landesvorsitzender Gebhard v. Eppingen die Teilnehmer. Die Einigung der Landwirtschaft sei erfolgt unter der Parole: Fort mit der Zwangswirtschaft, Friede mit unseren Mitbürgern, Freiheit den Bauern, Brot den Hungersenden. Der heutige Tag soll ein Markstein in der Geschichte des Bauernstandes und der Geschichte unseres Volkes werden. Wir fordern die Gleichberechtigung mit den anderen Ständen. Wir wollen nicht mehr das kritische Stimmrecht (!) der Parteien sein, sondern unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Heute soll es sich entscheiden, noch einmal den Versuch mit den Parteien zu machen. Wir lassen aber nicht kühn handeln. (!) Unsere Mitmenschen mit Nahrung zu versorgen ist nicht Aufgabe des Kommunalverbandes, sondern wir sind dazu berufen. Und es soll unser Stolz und Freude sein, dies zu tun. Besser zu tun als bisher. Wir wollen den Weg aber fürzen und das Volk selbst ernähren. (Einstimmiger Beifall.)

Klaiber-Gundelfingen sprach über die Reichstagswahlen. Die Wahlprogramme der Parteien hätten enttäuscht. (!) Nachdem die Republik in den Sattel gehoben worden sei, sollte sie aus der Landwirtschaft gegenüber eine andere Reimethode anwenden. Wir brauchen Kandidaten, die mutig unsere Interessen wahren.

Der Vorsitzende Gebhard bemerkte dazu, daß sich die Bauern nicht mehr von den Parteien beschränken lassen, sondern ihre Forderungen durchsetzen wollen durch die Parteien oder allein. Wenn sich die Parteien nicht innerhalb zwei Tagen erklären, ob sie unsere Forderungen annehmen und mit an erster Stelle heute auf die Listen setzen, die unsere Interessen vertreten und dem Bauernstand vorantreiben sind, so werden wir unsere eigenen Wege gehen müssen. Für diesen Fall wurde bereits heute morgen in der Landesauschussung eine Kandidatenliste aufgestellt.

Dr. Ludwig-Dörsenheim behandelte darauf das Siedlungsproblem. Wo ein Bedürfnis dazu vorliegt, müsse der Großgrundbesitzer aufgeteilt und so neues Bauernland geschaffen werden. Landesminister Dr. Müller, Direktor der Landwirtschaftskammer, äußerte sich über die Bedeutung dieser Institution. Die Landwirte zu einigen sei auch das Ziel der landwirtschaftlichen Berufsvertretung, denn sie umfasse alle Landwirte. Sie lauten: „Fort mit der Zwangswirtschaft in wirtschaftlicher Beziehung“ und haben recht. Fort aber auch mit der Zwangswirtschaft und Einschränkung der Rechte beruhten Körperlichkeit, die die Landwirtschaft gesetzlich zu vertreten hat. Sie, die Kammer zu wählen haben, werden nicht eine solche haben wollen, die an allen Ecken und Enden gebunden ist. Redner schlug folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde: „Die Landesversammlung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung müssen unangehört bleiben. Nur eine freie und leistungsfähige Berufsvertretung kann die ihr gestellten hochwichtigen Aufgaben, die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Sicherung der Volksernährung, auf die Dauer mit Erfolg erfüllen. Wir wollen unsere Berufsangelegenheiten selber regeln; wir wollen selbst ohne Bevormundung entscheiden, welche Maßnahmen, welche Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft praktisch und notwendig sind.“ (Beifällige Zustimmung.)

Landesoberpräsident Schöpffe bemängelte, daß sich unter den 14 badischen Abgeordneten nur Nationalversammlung kein einziger wirklicher Landwirt befände. Nachdem die Versammlung der Erhebung eines Jahresbeitrages von 3 A jährlich für 1920/21 angenommen hatte, erfolgte eine rege Aussprache. Hierauf wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

I. „Die Landesversammlung des B. B. V., dem Mitglieder aller landwirtschaftlichen Berufsvertretungen angehören, verlangt die Einlieferung lehrerlicher Berufsvertretungen in den Badischen Bauernverband zum Zwecke der energetischen und einheitlichen Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen.“

II. „Die 1000köpfige Landesversammlung des B. B. V. erkennt nur den Badischen Bauernverband, der durch Mehrheitsbeschluß der Bezirksverbände aus dem Badischen Bauernbunde Karlsruhe und der Vereinigung kleiner und mittlerer Landwirte in Freiburg hervorgeht und auf bäuerlich-gewerkschaftlicher Grundlage sich gründet, als die einzige wirtschaftspolitische Berufsvertretung des Landes an. Zweck Einigung der gesamten deutschen Landwirtschaft soll an die zuständigen Reichsorganisationen herangetragen werden.“

III. „Die Landesversammlung des B. B. V. verlangt die restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Beginn des Jahres 1920. Sie ist damit einverstanden, daß das Brotgetreide und die Milch unter Aushaltung der Kriegswirtschaftlichen Verbände an die Verbraucher geliefert werden unter Zustimmung der Landwirte.“

Nach mehr als fünfstündiger Dauer wurde die Versammlung geschlossen.

Zur Bekämpfung der Prostitution.

Ein Hauptübel am Rande unseres Volkes sind die Geschlechtskrankheiten, durch die kein Gesundheitszustand dauernd gesund wird. In erster Linie trägt dazu die Prostitution bei, und hieraus ergibt sich ein Hauptangriffspunkt für ihre Bekämpfung. Diesen außerordentlich wichtigen Gegenstand, dessen Bekämpfung bis ins hohe Alter zurückreicht, behandelte Universitätsprofessor Dr. R. v. Freyburg auf der Tagung der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene, und zwar vom ärztlichen Standpunkt aus, ohne indessen die hohe Bedeutung der ethischen, moralischen und religiösen Seite zu verkennen. Er unterrichtete uns über die Prostitution, die sich der polizeilichen Kontrolle entzieht, und der öffentlichen, der staatlich konzeptionellen Prostitution, wie man zu sagen pflegt, um daran die Feststellung der wertvollen Aufgabe zu knüpfen, das den größten Prozentsatz der Prostituierten nicht die Frauen sind, sondern die Arbeiterinnen. Eine lachende Bekämpfung der Prostitution sei nur dann möglich, wenn man ihren Ursachen nachgeht. Die mangelnde Sexualpädagogik habe zur Folge, daß die männliche Jugend den geschlechtlichen Verkehr viel zu früh aufnimmt. Weiterhin ist es wirtschaftliche Gründe, die oft spätere Vererbung, der Alkoholismus und, was sehr wichtig ist, die großstädtische Bevölkerungsdichte — alles Duelle, aus denen sich die ersten Anfänge der Prostitution rekrutieren. Den Ausgangspunkt für die ärztliche Behandlung bilden aber die Unterhändler, inwieweit psychologische Gründe für die Prostitution maßgebend sind. Die Prostitution ist außerordentlich ungesund in den Großstädten, wo sie am häufigsten vorkommt, und das Land so gut wie frei ist. Der größte Schaden ist die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten; denn mindestens 95 oder gar 100 Prozent der Prostituierten sind augenblicklich geschlechtlich infiziert oder krank gewesen. Als die Folgen zeigen sich Arbeitsunfähigkeit, früherer Tod, Schizophrenie, Entartung und Entföhrung.

Der Redner kam dann auf den heutigen Stand der Bekämpfung der Prostitution zu sprechen. Die Politik des Staates war eine relativ einfache: man ging mit der Sittenpolizei der Prostitution zu Leibe. Die französische Revolution brachte ordnungs- und anstandslos polizeiliche Maßnahmen, mit denen heute nicht mehr viel anzufangen ist. Später trat die ärztliche Beaufsichtigung hinzu. Ein ganz eigenartlicher Zustand wurde im R. L. G. B. geschaffen, das in den §§ 361, 362, 363 die polizeilich kontrollierte gewerkschaftliche Unzucht enthält und im § 180 die Kuppelerei unter Strafe stellt. Die faktorierte Prostitution ist ein Mafel für Staat und Gemeinde und habe nur einen Vorteil: sie schiebt die Unzucht von der Straße weg. Trotzdem blieben die freiwirtschaftlichen Prostituierten nach wie vor eine außerordentlich große Gefahr. An eine restlose, allezeit betriebende Lösung der Frage läßt sich nicht denken. Neben der reglementierten Prostitution werde man die geheime niemals fassen können. Redner verbreitete sich des weitern über die Einzelheiten der Reglementierung; er verwies ferner auf die durch Verordnung der Reichsregierung vom 11. Dezember 1918 geschaffene Möglichkeit der erweiterten Behandlung geschlechtlicher Personen und gab Winke für die Bürgergenossenschaft der karitativen Vereine. Die Prostituiertenfürsorge der Bezirksämter müsse unbedingt von allen erfahrenen Beamten verwaltet werden, die einen Einblick in das Seelenleben haben und Verständnis für die soziale Lage besitzen. Die mit dem 1. Januar erfolgte Neuordnung der Jugendfürsorge gebe erfreulicherweise von den gleichen Gesichtspunkten aus. Eine restliche Aufhebung der Reglementierung und Kontrolle, wie sie aus der Frauenrechtsbewegung heraus gemahnt wird, müßte nur einen erheblichen Anstieg der Geschlechtskrankheiten herbeiführen. Das hat der Versuch in Freiburg bewiesen. Einmal im Sinne der Evolution wird man zum Ziele kommen. Alles Unheilvolle auf diesem Gebiet wäre ein Sprung ins Dunkle. Wir dürfen nicht die psychologischen Grundlagen und sexuelle Differenzierung der Menschen verkennen, die die Triebkraft für sexuelle Befriedigung und Prostitution darstellen. Das wird uns freilich nicht abhalten, den Schäden der jetzigen Regelung der Prostitution auf breiterer Basis zu Leibe zu rücken. Die ärztliche Ueberwachung ist heute die Hauptaufgabe. Günstigstenfalls die soziale Rettung für die Prostituierten, wie sie vielerorts bereits mit Erfolg bestanden wurde. Eine Milderung der modernen Gesetzgebung in der Prostituiertenfrage ist nicht mehr zu machen. Diese Neuordnung darf aber nur auf reichsgegesetzlichem Wege erfolgen.

Wie soll nun die Kontrolle in Zukunft ausfallen? Die Bezeichnung „Sittenpolizei“ muß wegfallen und an ihre Stelle „Gesundheits- und Pflegeamt“ treten. Mit dem Namen ist gleichzeitig die Aufgabe des Amtes gekennzeichnet. Erforderlich ist die völlige Loslösung von der Kriminalpolizei — räumlich und persönlich — und die Angliederung an die Medizinpolizei mit einem Arzt als Leiter. Die Gefährdungen für die soziale Grundfaser bei vornehmlicher Mitarbeit der Frauen einzurichten. Die Reglementierungs- und Kontrollvorschriften sind abzuändern, die anstands- und ordnungspolitischen Maßnahmen auszuweiten, überhaupt alles, was irgendwie nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten in die Lage kommen, die gesamte Prostitution zu erfassen. Die Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalten könnten bei zweckmäßigem Vorgehen mit zur Infektionsquellenforschung beitragen. Angeht die Durch der Prostituierten vor dem Arbeitshaus dürfte die Schaubauart freigegeben werden. Redner erörterte im Anschluß hieran die Vorteile und Nachteile des Vorkontrollsystems (nachdem die Bezirksämter, sowie des Altonaer Systems (vorherrschende Natur). Neben der geschützten nächsten praktischen Arbeit zur Bekämpfung der Prostitution bezeichnet er als fernliegende Aufgabe die Einführung einer vernünftigen Sexualpädagogik in den Schulen. Voraussetzung ist, daß Lehrer und Eltern sexualpädagogisch geschult sind, was durch Kurse (wie sie in Freiburg und Berlin veranstaltet wurden) erreicht werden kann. Die Jugendfürsorge muß sich besonders der psychopathischen Kinder und Minderjährigen annehmen. Weitere Mittel sind die Wohnungsreform, der Sport, eine allgemeine Wandlung unserer ethischen Anschauungen, die Verwertung der weiblichen Kraft, der Übergang von der materiellesten zur idealistischen Lebensauffassung. Doch möchte er, Redner, vor übertriebenen Hoffnungen nach dieser Richtung warnen gerade im Hinblick auf die Wünsche der Menschen und die außerordentlich grobe Rolle des Nahrungs- und Sexualtriebs.

Die in unserer Zeit, die eine fürchterliche Verwahrlosung der Sitten überhaupt erkennen läßt, hochaktuelle Darlegungen des Redners fanden ungeteilten Beifall. Es folgte eine erschöpfende Aussprache.

Sozialpolitische Rundschau.

Kapitalisierte Kriegs- oder Verfallungszulagen.

Amlich wird mitgeteilt: Für die auf Grund des Kapitalabfindungsgesetzes kapitalisierten Kriegs- oder Verfallungszulagen wird für den Monat April in gleicher Weise wie für die sonstigen Verfallungszulagen der doppelte Betrag ausbezahlt, ebenso vom 1. Mai ab ein Zuschlag von 30 Prozent. Da die Zahlung von amtswegen erfolgt, bedarf es keines besonderen Antrags. Bis diese Beträge angewiesen sind, werden jedoch einige Wochen vergehen; die Auszahlung erfolgt aber sobald als möglich.

Der April-Betrag wird von den Verfallungszulagen (frühere Bezirkskommandos), der laufende Zuschlag von 30 Prozent ab 1. Mai ebenfalls von den Verfallungszulagen gezahlt. Später werden die zurückliegenden Kassen wie Postanstalten usw. die Auszahlung übernehmen.

Für die kapitalisierten Beträge der Kriegsverfallung von Kriegserwitwen gelten die gleichen Bestimmungen; der laufende Zuschlag beträgt aber bei den Witwen 40 Prozent.

Wirtschaftsbeihilfe für Bankbeamte.

Von der Ortsgruppe Karlsruhe des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten erhalten wir folgende Mitteilung:

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten und der Deutsche Bankbeamtenverein e. V. sind an den Arbeitgeberverband für Baden mit der Forderung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe herangetreten. In einer Aussprache wurde den Vertretern der Bankbeamten von den Bankleitungen erklärt, die Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe sei für sie unannehmbar. Am Sonntag fand in Heidelberg eine von vielen Vertretern der badischen Ortsgruppen des obigen Verbandes besetzte Landesversammlung statt, in deren Verlauf folgende Entscheidung einstimmig angenommen wurde:

„Die am 9. Mai im Redaktionsbüro der Stadthalle zu Heidelberg versammelten Vertreter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten ganz Baden erheben ganz energetischen Protest gegen die fiktive Uebernahme der geforderten Wirtschaftsbeihilfe von Seiten der Arbeitgeber. Ferner lehnen sämtliche Anwesenden die von Arbeitgeberseite vorgeschlagene Erhöhung der laufenden Teuerungszulage als völlig unannehmbar ab, da dieselbe der immer noch fortwährenden Teuerung nicht in geringster Weise Rechnung trägt. Sämtliche Vertreter haben auch heute noch auf dem Boden der am 30. April erfolgten Forderungen und sind bereit, dieselben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Sie erwarten von den anwesenden Sachverständigen einen Spruch, der den geforderten Forderungen weitgehend entgegenkommt, um den Wirtschaftsbeihilfen, der von den Anwesenden stets erreicht wurde, aufrecht erhalten zu können. Die Vertreter rechnen den in Offenburg und Karlsruhe Gemahregelten ihre unverrückbare Treue aus, und verpflichten ihnen, nicht ruhen zu lassen, bis die Maßregeln bedingungslos zurückgenommen sind.“

Tagessanzeiger.

Dienstag, 10. Mai. Bad. Landestheater, „Salome“, abds. 8 1/2 Uhr. D. S. B. Gewerkschaft Kaufm. Angehöriger, Gacharupfennig, abends 8 1/2 Uhr, im Moninger, Gartenbau.

Zuckooh Crème advertisement with image of a woman's face and text describing the product's benefits for skin care.

Advertisement for Friedrich Springer, a pest control service for fleas, lice, and mice, located at Markgrafenstr. 52, Karlsruhe.

